Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford. für Stadt und Land Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83

Die Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4jährl. 1.80 M., bei Postbezug 1.50 M. u. Bestellgeld. Ausgabe B, mit „Leben im Bild", 30 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford, Oeynhausen u. Amt Rehme 15 Pf., sonst 18 Pf.

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen: *Herforder Erzähler* (täglich), *Am Pflug* (monatlich zweimal), *Haus und Hof* (monatlich zweimal), *Fabrik und Handwerk* (monatlich einmal), *Für Jäger und Naturfreunde* (monatlich einmal), *Mode für Alle* (monatlich zweimal).

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 91 — **Herford, Montag, den 17. April** — **1916**

Die Kampflage bei Verdun.

TU. **Genf**, 17. April. **Eine eigentümliche Sonntagsüberraschung bereitete dem französischen Publikum die gestrige Havasnote. Danach betrachtet die französische Heeresleitung fortan als Hauptverteidigungslinie das durch folgende Punkte gekennzeichnete Gelände: Hessewald, Esnes, Höhe 304, Bourruswald, Fort Marre. Alle französischen Höhen nördlich dieser Linie, ausschließlich der Höhe 304, seien als Vorstellungen der genannten Verteidigungsorgane zu betrachten. Entgegen der Darstellung des deutschen Hauptquartiersbericht, der General Petain Offensivabsichten zuschreibt, versichert die Havasnote nachdrücklich, daß der genannte General sich nicht zu Vorstößen drängen lasse, solange er diese für unangebracht halte.**

TU. **Zürich**, 17. April. **In den deutsch-schweizerischen Blättern beurteilt man die strategische Lage Frankreichs als sehr pessimistisch. Der Militärkritiker des „Bern. Tagblatt" glaubt bei den Franzosen, trotz bewunderungswürdiger Zähigkeit, Anzeichen dafür zu bemerken, daß sich in den Reihen die Moral lockere und daß man langsam in eine verzweifelte Stimmung hineingerät. So faßt der Kritiker sein Urteil dahin zusammen, daß nichts die Deutschen hindern werde, ihr Werk bei Verdun zu vollenden.**

Verdun als „Saugpumpe" des französischen Heeres.

In einem neutralen Blatte wurde jüngst ausgeführt, daß der Angriff auf die französische Verdun-Stellung eine strategische Meisterleistung ersten Ranges gewesen sei. Ganz im Gegensatz dazu steht natürlich die Auffassung, die die französische amtliche Presse davon hat, denn sie hat jüngst in einer Havas-Note verkündet, daß unsere Heeresleitung aus reiner Verlegenheit zu einer „Gelegenheitstaktik" greife, die dort einen kleinen Erfolg zu erringen bestrebt sei, wo er sich gerade biete, aber es fehle unserm Angriff der große Zug der Einheitlichkeit des Planes. Wir wollen den Franzosen den Trost lassen, daß sie ohne jede Einheitlichkeit des Planes geschlagen werden, wenn sie es durchaus wollen. Aber wenn man der Frage ernsthaft auf den Grund geht, und zum Vergleich die großen französischen Offensiven heranzieht, die doch sehr genial angelegt waren, dann wird man die große Ueberlegenheit unserer Führung erkennen müssen. Die französischen Offensiven waren als frontale Durchbruchsschlachten gedacht. Auf beiden Seiten waren gleich lange Fronten, wenn auch vielleicht auf der Seite unserer Feinde, die angriffen, durch lange und eingehende Vorbereitungen die Linien stärker an Menschenkraft waren. Schon vorher wurde von mehreren — auch französischen — Fachschriftstellern ausgeführt, daß ein frontaler Durchbruch bei dem gewaltigen Stand der beiderseitigen Feldbefestigungen, die in vielen hintereinander liegenden Linien angelegt sind, entweder gar nicht oder nur mit einem Einsatz von Hunderttausenden zu erzwingen sei. Unser Durchbruch bei Gorlice-Tarnow, der nicht im entferntesten so hohe Opfer gefordert hatte, war unter anderen Voraussetzungen ermöglicht worden, als sie der westliche Kriegsschauplatz bietet. Trotzdem versuchte Joffre mehrere Male Frontangriffe mit dem Zwecke des Durchbruches unserer Linien. Sie gelangen ihm nicht, sondern kosteten ihn nur viele Hunderttausende Mannschaften. Nun kann man im Gegensatz dazu feststellen, daß der deutsche Angriff an dem Winkel- und Drehpunkt der ganzen Front einsetzte. Es wurde dadurch erreicht, daß Frankreich auf diesem verhältnismäßig geringen Raum der Front unausgesetzt neue Kräfte nachschieben mußte.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß sich Verdun für Frankreich im wahrsten Sinne des Wortes zur „Saugpumpe" entwickelte, die bereits jetzt mehr als 16 Armeekorps verschluckt hat. Die „Gelegenheitstaktik" unserer obersten Heeresleitung, die sich kümmerlich von belanglosen Erfolgen zu nähren gezwungen ist, hat doch anscheinend eine recht schwer verwundete Stelle gefaßt, an der sich vielleicht das französische Heer durch unausgesetzte Blutabzapfungen noch verbluten kann. Es kommt hinzu, daß die Franzosen hier das „Russenschicksal" der unentwickelbaren Massen erleiden, woraus sich auch ihre großen Verluste herschreiben, trotzdem sie sich in der Verteidigung befinden. Bei einer Frontschlacht ist der Angreifer, der den Durchmarsch erzwingen will, ungünstiger daran als der Verteidiger, der hinter seinen Deckungen steht. Hier ist aber eine von mehreren Seiten flankierte Stellung, die dem vielseitigen Feuer unserer Artillerie ausgesetzt ist. Da es ein verhältnismäßig sehr kleiner Raum ist, den unsere Artillerie unausgesetzt bestreicht, so sind die Verluste des auf diesem immer kleiner werdenden Raume zusammengedrängten Verteidigers um so schwerer, je größere Massen er hier zur Abwehr der Angriffe einzusetzen gezwungen ist. Das ist die Lehre von der jeder Größe entbehrenden „Gelegenheitstaktik". Man wird um vieles eher mit dem Neutralen von einer dastehenden Meisterleistung des Blickes sprechen müssen. Der eiserne Ring um Verdun wird jeden Tag enger, der Bewegungsraum des Feindes immer kleiner, der Angriffspunkt für unsere Truppen immer konzentrierter. Es gehört wahrhaftig ein kindlicher Uebermut dazu, angesichts dieser bedrohlichen Lage von einer „Gelegenheitstaktik" unserer Heeresleitung zu sprechen.

Bericht des Hauptquartiers.

WTB. **Großes Hauptquartier**, 15. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein stärkerer Vorstoß der Engländer gegen die Trichter-Stellungen südlich von St. Eloi wurde nach Handgranatenkampf völlig zurückgeschlagen.

In den Argonnen und östlich davon teilweise lebhafter Artillerie- und Minenkampf.

Links der Maas konnten feindliche Angriffsabsichten gegen unsere Stellungen auf „Toter Mann" und südlich des Raben- und Cumieres-Waldes, die durch große Steigerung des Artilleriefeuers vorbereitet wurden, in unserem vernichtenden, von beiden Maasufern auf die bereitgestellten Truppen vereinten Feuer nur mit einigen Bataillonen gegen „Toter Mann" zur Durchführung kommen. Unter schwersten Verlusten brachen die Angriffswellen vor unserer Linie zusammen. Einzelne bis in unserer Gräben vorgedrungene Leute fielen hier im Nahkampf.

Rechts der Maas sowie in der Woevre-Ebene blieb die Gefechtstätigkeit im wesentlichen auf heftige Feuerkämpfe beschränkt. Zwei schwächere feindliche Handgranatenangriffe südwestlich der Feste Douaumont blieben erfolglos.

*

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern wiederholten örtlichen Angriffsversuche der Russen nordwestlich von Dünaburg hatten das gleiche Schicksal wie am vorhergehenden Tage.

Am Serwetsch südöstlich von Korelitschi brachten wir einen durch starkes Feuer eingeleiteten Vorstoß schwächerer feindlicher Kräfte leicht zum Scheitern.

*

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

*

WTB. **Großes Hauptquartier**, 16. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits des Kanals von La Bassee steigerte sich die Tätigkeit der Alliierten im Zusammenhang mit lebhaften Minenkämpfen. In der Gegend von Vermelles wurde die englische Stellung in etwa 60 Meter Ausdehnung durch unsere Sprengungen verschüttet.

Oestlich der Maas entwickelten sich abends heftige Kämpfe an der Front vorwärts der Feste Douaumont bis zur Schlucht von Vaux. Der Feind, der hier anschließend an sein starkes Vorbereitungsfeuer mit erheblichen Kräften zum Angriff schritt, wurde unter schwerer Einbuße an seiner Gefechtskraft abgewiesen. Etwa 20 unverwundete Gefangene fielen in unsere Hand.

*

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oberste Heeresleitung.

Der Wiener Bericht.

Wien, 15. April. Amtlich wird gemeldet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern nach 5 Uhr früh erschienen sieben feindliche Flugzeuge, darunter vier Kampfflieger, über Czernowitz und den Bahnanlagen nördlich der Stadt. Zur Abwehr stiegen einige unserer Flugzeuge auf, denen es nach zweistündigem, über Czernowitz sich abspielendem Luftkampfe gelang, einen feindlichen Kampfflieger auf 30 Schritte abzuschießen. Das feindliche Geschwader flüchtete. Das getroffene Flugzeug landete im Sturzflug bei Bojan zwischen der russischen und unserer Linie und wurde durch unser Geschützfeuer vernichtet. Der feindliche Beobachter ist tot. Unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück. — Sonst verlief der gestrige Tag sowohl in Ostgalizien als auch in den anderen Abschnitten unserer Nordostfront verhältnis mäßig ruhig.

*

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Mrzli Vrh wiesen unsere Truppen neuerliche Angriffe des Feindes auf die gewonnene Vorstellung ab. Im Plöcken-Abschnitt waren die Minenwerfer heute nacht in lebhafter Tätigkeit. Die Spitze des Col di Lana wird von den Italienern andauernd beschossen. Feindliche Annäherungsversuche im Sugana-Abschnitt wurden abgewiesen.

*

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

*

Wien, 16. April. Amtlich wird gemeldet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Außer dem alltäglichen Geschützkampf keine besonderen Ereignisse.

*

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstenländischen Front fanden im allgemeinen nur mäßige Geschützkämpfe statt. Im Abschnitte der Hochfläche von Doberdo war die Gefechtstätigkeit etwas lebhafter. Oestlich von Selz sind wieder kleinere Kämpfe im Gange. Im Plöcken-Abschnitt nahm unsere Artillerie die feindlichen Stellungen unter kräftiges Feuer. An der Tiroler Front beschoß der Feind einzelne Räume in den Dolomiten und unsere Werke auf den Hochflächen von Lafraun und Vielgereuth.

*

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertretende Chef des Generalstabes:
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der französische Bericht.

Paris, 16. April. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Nördlich von Roye wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die sich unseren Gräben in der Gegend von Parvillers zu nähern versuchte, durch unser Gewehrfeuer zerstreut. In der ganzen Gegend von Verdun fand während der Nacht keine Infanterieunternehmung statt. Westlich der Maas ziemlich lebhafte Beschießung unserer Stellungen zwischen dem Walde von Malancourt und der Höhe 304. Unsere Batterien waren sehr tätig auf diesem Teile der Front, namentlich westlich des Rabenwaldes und gegen einige Uebergangsstellen des Forges-Baches. Oestlich der Maas und in der Woevre zeitweilige Beschießung. In den Vogesen fanden einige Zusammenstöße zwischen Patrouillen statt. Südlich der Schlucht bei Markirch wurde eine deutsche Erkundungsabteilung infolge unseres Feuers stark mitgenommen.

Amtlicher Bericht von gestern abend: In den Argonnen beschossen wir die Straßen in der Gegend von Monfaulcon, auf denen Truppenbewegungen gemeldet worden waren. Westlich der Maas hat der Feind im Laufe des Nachmittags heftig unsere Stellungen im Caurettes-Walde und in der Gegend von Esnes beschossen. Oestlich der Maas waren die beiden Artillerien im Abschnitt von Douaumont und südlich des Waldes von Haudromont tätig. In der Woevre war der Tag verhältnismäßig ruhig. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht: Schwache Tätigkeit der Artillerie an verschiedenen Stellen der belgischen Front.

Wilsons Niederlage in Mexiko.

London, 16. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington:

Präsident Wilson hat sich entschlossen, Carranza ein Abkommen auf folgender Grundlage vorzuschlagen:

Die amerikanischen Truppen werden nicht weiter in Mexiko eindringen und zurückgezogen werden, sobald es sich erweist, daß die Truppen Carranzas besser im Stande sind, mit Villa fertig zu werden, als die amerikanischen. Es scheint, daß die Verbindungslinien der Amerikaner bereits so langgestreckt sind, daß die Zufuhr zur Front schwierig wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Staatssekretär Lansing, den Zusammenstoß in Parral als besonderen Zwischenfall in einer anderen Note zu behandeln.

London, 16. April. Wie die „Morningpost" aus Washington meldet, entstand die sehr ernste Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Carranza dadurch, daß dieser verlangte, die amerikanischen Truppen sollten Mexiko räumen, da der Zweck der Strafexpedition mit der Zerstreuung der Banden Villas erreicht sei und Mexiko jetzt selbst mit der Lage fertig werden könne. Wenn Wilson seine Forderung ablehnt, so werde die wahrscheinliche Folge nicht mehr eine bloße Intervention oder eine Verfolgung der mexikanischen Banditen, sondern ein Krieg mit dem mexikanischen Volk sein. Wenn andererseits Wilson Carranzas Forderung annimmt und dem amerikanischen Volke sagt, daß er mit dem Erfolg zufrieden sei und die Gefangennahme Villas Carranza überlasse, so treibe er einen neuen Nagel in seinen politischen Sarg.

Berlin, 16. April. „Daily News" melden laut „Lokalanzeiger" aus Newyork, man argwöhne dort, daß Carranza die Krisis in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ausnütze, um Mexiko von den amerikanischen Truppen, welche jetzt auf mexikanischem Gebiet Villa verfolgen, zu befreien. Man glaube, daß das Vorgehen Carranzas ausländischen Einflüssen zuzuschreiben sei. In Washington läuft das Gerücht, es sei möglich, daß die amerikanische Regierung die Truppen aus Mexiko zurückziehen werde. Als das Gerücht bekannt wurde, trat an der Newyorker Börse ein Kurssturz ein; denn eine Zurückberufung der amerikanischen Truppen würde, wenn es dazu käme, bezwecken, der Regierung freie Hand in dem Konflikt mit Deutschland zu geben.

*

Haag, 15. April. **Reuter meldet aus Washington: Wie man hört, sind Wilson und das Kabinett übereingekommen, die überwältigenden Beweise für die Verletzung des Völkerrechts durch die U-Boote Deutschland zu übermitteln, wahrscheinlich schon innerhalb 48 Stunden. Bei diesem Schritt soll ein letztes Ersuchen an Deutschland gerichtet werden, den Beweis dafür zu liefern, daß es seine bisherigen Versprechungen aufrichtig gemeint habe. Die Blätter bringen spaltenlange Meldungen und Kommentare über die mexikanische und die amerikanisch-deutsche Krise. Sie erklären, daß die deutsche Antwort verletzend sei und Ablehnung verdiene.**

Die neuen Reichssteuern.

Nachdem das Plenum des Reichstages sich am Montag bis nach Ostern vertagt hat, sind am Donnerstag auch die beiden Kommissionen, denen die Vorberatung der neuen Reichssteuern überwiesen worden ist, in die Ferien gegangen mit dem Bewußtsein, mit Fleiß und Aufwendung eigener Initiative ein gutes Stück Arbeit geleistet zu haben. Sind doch alle Steuervorlagen mit Ausnahme einer einzigen durch die erste Lesung durchgeführt worden. An dem Fleiß der Kommissionen nun wird Dr. Helfferich vermutlich wenig auszusetzen gehabt haben, desto mehr aber an ihrer Initiative, die in die Entwürfe der Regierung mit rauher Hand hineingegriffen hat. Wenn der Reichsschatzsekretär sich jetzt in der Osterpause die Vorlagen ansieht, wie sie durch die Kommissionen gestaltet worden sind, dann wird es ihm ähnlich gehen, wie jenem bekannten ungarischen Baron, der bei der Betrachtung des ihm von einem Maler gelieferten Porträts seines Vaters in die Worte ausbrach: „Armes Vater meiniges, wie hast du dich verändert."

Und verändert hat sich gar viel Grundlegendes

an den ursprünglichen Entwürfen. Nicht nur sind in den meisten Fällen die Abgabensätze ganz anders normiert worden, es haben auch noch viel durchgreifendere Umgestaltungen stattgefunden. Die Kriegsgewinnsteuer hat eine bedeutsame Erweiterung durch die Einführung der Bestimmungen über Erhebung einer weiteren Wehrbeitragsrate erhalten, so daß sie den Charakter einer bloßen „Gewinnsteuer" aufgegeben hat und folgerichtig jetzt einfach „Kriegssteuer" heißt. Ferner ist der Quittungsstempel vollständig abgelehnt worden und an seine Stelle der Umsatzstempel getreten. Von der ganzen Quittungssteuervorlage ist nur die einzige Rosine des Kuchens, die sofortige Aufhebung des Scheckstempels, konserviert worden. **Endlich betrachten wir die Zurückstellung der Beratung über die Tabaksteuervorlage als eine symbolische Handlung, durch die dargetan werden soll, daß die Frage einer höheren Besteuerung und Verzollung des Tabaks überhaupt bis auf die Zeit nach dem Kriege vertagt werden soll,** während es allerdings nicht ausgeschlossen ist, daß über den Kriegszuschlag auf die Zigarettensteuer, eben weil es ein „Kriegszuschlag" ist, noch während des Krieges die Mehrzahl der Kommission zu einer Einigung gelangt.

Dr. Helfferich hat in der Kommission die Erzeugnisse seines Geistes mit Nachdruck verteidigt; hatte er ja schon bei der ersten Lesung im Plenum erklärt, daß er zwar in Nebensachen mit sich reden lassen werde, großes Gewicht aber auf die Annahme der Grundgedanken seiner Entwürfe lege. Indessen möchten wir annehmen, daß es dem Reichsschatzsekretär doch in erster Linie darauf ankommt, den erforderlichen Betrag von 500 Millionen Mark aus neuen Steuern überhaupt zu erhalten unter der Voraussetzung, daß diese neuen Steuern erträglich sind und daß weder von den verbündeten Regierungen und von den Parteien im Reichstage unbesiegbare Bedenken prinzipieller Natur dagegen geltend gemacht werden können. Prüft man daraufhin die nach den Kommissionsbeschlüssen jetzt vorliegenden Steuerentwürfe, so ergibt sich folgendes: Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren würde etwa einen Ertrag von 180 Millionen Mark erbringen, der Frachturkundenstempel mindestens 70 Millionen Mark. Das Drittel des Wehrbeitrages würde, wenn man die Veranlagung von 1913 zugrunde legt, rund 325 Millionen Mark ausmachen. Nun haben gewiß eine Reihe von Vermögen und Einkommen während des Krieges eine Minderung erfahren; aber selbst wenn man dies in weitgehendstem Maße mit in Ansatz bringt, so erscheint es doch nicht vermessen, auf ein Erträgnis des Wehrbeitrages nach der neuen Veranlagung in Höhe von 250 Millionen Mark zu rechnen. Damit wären also schon die 500 Millionen, die zur Balancierung des Haushaltsetats für 1916 nötig sind, zusammengebracht. Es wäre allenfalls nur nötig, zum Ausgleich der eventuellen Ausfälle auf den oben schon erwähnten Kriegszuschlag zur Zigarettensteuer zurückzugreifen (ein Gedanke, über den wir uns hier lediglich referierend aussprechen, ohne dazu Stellung zu nehmen), die Umsatzsteuer aber kann ohne weiteres vollständig wegfallen.

Dieser Umsatzsteuer haben in der Kommission die Nationalliberalen zur vorläufigen Annahme verholfen. Freilich erfolgte auch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag nur unter Vorbehalt; aber bei der Auffassung, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion über das Verhältnis von indirekten und direkten Steuern besteht, halten wir es für kaum denkbar, daß die Vertreter dieser Partei schließlich den Wehrbeitrag fallen lassen und dafür die Umsatzsteuer genehmigen sollten. Beide Steuern zugleich aber zu bewilligen, dafür liegt, wie wir oben schon ausgerechnet haben, kein Anlaß vor. Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer, und zwar eine solche, gegen die sich eine große Zahl von Gründen anführen läßt. Wir wollen nicht in Abrede stellen daß die Idee der Umsatzsteuer an sich etwas Bestechendes hat; aber die Form, in der diese Idee jetzt in der Kommission in die Tat umgesetzt ist, fordert doch zu lebhaftem Widerspruch heraus. Wir wollen nicht alle die Momente, die gegen den Antrag Müller-Fulda in der Kommission von fortschrittlicher Seite erhoben worden sind, und die auch den in der Hauptsache auf demselben Standpunkt stehenden Antrag Dr. Junck betreffen, nochmals wiederholen. Wir wollen nur hinweisen auf die ungleiche Wirkung dieser Abgabe, indem sie Waren, die durch mehrere Hände gehen, mit dem Vielfachen des Stempels belegt gegenüber solchen Waren, die auf dem kürzesten Wege von dem Hersteller zum Verbraucher gelangen, und daß hierdurch gerade die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, die nicht direkt vom Fabrikanten kaufen können, am meisten getroffen werden; daß ferner der Stempel nur die Höhe des Umsatzes, aber keineswegs die Leistungsfähigkeit des Umsetzenden und die Rentabilität des Umsatzes berücksichtigt; daß die Waren, die von der Umsatzsteuer, und zwar gerade von der mehrfachen Steuer, in erster Linie getroffen werden, Nahrungs- und Genußmittel sind, die ohnehin schon einer hohen Steuer unterliegen; daß endlich die Durchführung des Gesetzes in der Praxis sehr erhebliche Schwierigkeiten macht und einen neuen großen Apparat erfordert. Nur darauf wollen wir besonders aufmerksam machen, daß eine spätere Erhöhung der Umsatzsteuer außerordentlich leicht gemacht wird, indem nur die Ersetzung des bestehenden Prozentsatzes der Abgabe durch eine andere Ziffer erforderlich ist. Diese Einfachheit aber wird unbedingt dazu anreizen, im Falle eines Mehrbedarfs im Reiche kurz und bündig zu dieser so harmlos aussehenden und so folgenschweren Ziffernänderung zu schreiten. Dasselbe soll ja jetzt auch bei dem Wertzollzuschlag auf Tabak geschehen. Die Spuren schrecken also!

Wir glauben, daß während der Osterferien, wenn die Abgeordneten der Steuerkommission mit ihren Wählern und namentlich mit denjenigen aus den Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden in Berührung kommen, doch noch mancher lernen wird, den Umsatzsteuerantrag weniger günstig zu betrachten, als es bei den bisherigen Beratungen geschehen ist. Möglich, daß sich irgendwann und irgendwo aus der Idee einer Warenumsatzsteuer etwas machen läßt. Aber gegenwärtig, da es sich darum handelt, schnell das Loch im Etat zu verstopfen, scheint uns nicht die Zeit dazu vorhanden zu sein. Hat doch auch das führende Organ der Konservativen noch ganz vor kurzem gegen den Antrag Müller-Fulda den Einwand erhoben, daß es nicht möglich sei, derartige Gesetze übers Knie zu brechen.

Somit bleibt dann ganz von selbst der Wehrbeitrag übrig, und wir dürfen wohl hoffen, daß sich auf ihn eine recht große Mehrheit vereinigt, zumal da die verbündeten Regierungen heute nicht einer Steuer widersprechen können, die sie vor einigen Jahren selbst beantragt haben. Es sei daran erinnert, daß auch die Vertreter des Zentrums sich keineswegs grundsätzlich ablehnend gegen den fortschrittlichen Antrag verhalten, sondern ausdrücklich erklärt haben, daß sie nur vorläufig gegen ihn stimmten und ihre endgültige Haltung von dem schließlichen Ergebnis der Steuerberatungen abhängig machten.

Ein Luftkampf mit Immelmann.

London, 15. April. „Daily Mail" veröffentlicht einen Brief des in deutscher Gefangenschaft befindlichen englischen Fliegerleutnants Slade, worin dieser erzählt, wie sein Flugzeug vom Flieger Immelmann angegriffen wurde. Leutnant Slade und sein Führer, Kapitän Darley, flogen über die deutsche Linie, „Immelmann", so schreibt Slade, „stieg hinter uns auf und eröffnete bereits mit seinem Maschinengewehr das Feuer, bevor wir ihn überhaupt bemerkt hatten. Die ersten Kugeln trafen den Oelbehälter. Darley versuchte den Kugeln zu entgehen, indem er seine Maschine sinken ließ, aber Immelmann folgte uns ebenso schnell, fortwährend feuernd." Das englische Flugzeug faßte nicht Feuer, trotz des Petroleums, das dem Behälter entströmte. Darley erhielt einen Schuß in die Hand, sein Daumen wurde zerschmettert und in der Luft mußte Slade sich über seinen Kameraden beugen und ihm mit einem Messer den Daumen abnehmen. Inzwischen blieb Immelmann beständig dabei, zu feuern. Die Kleider Slades waren von Kugeln durchbohrt. Der Beobachter blieb aber unverwundet. Der Steuermann wurde an der linken Hand getroffen, behielt aber die Kontrolle des Apparates in der rechten Hand und konnte das Flugzeug sicher landen."

Freiherr v. Burian in Berlin.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Freiherr v. Burian, ist Freitag mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 11 Uhr 5 Minuten in Berlin angekommen. Auf dem Anhalter Bahnhofe hatten sich zu seinem Empfange der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, mit mehreren Herren der Botschaft und ein Vertreter des hiesigen Auswärtigen Amtes eingefunden. Für den Minister war ein Salonwagen in den Zug eingestellt. In Begleitung des Barons Burian befinden sich Legationsrat Graf Hoyos und Gesandter v. Upron. Nach kurzer Begrüßung gingen der Botschafter Baron Burian und die anderen Herren nach dem Hotel Adlon, wo sie Wohnung nahmen. Wie lange der österreichisch-ungarische Minister in Berlin bleiben wird, ist noch nicht bekannt. Freitag mittag war Baron Burian Gast des Prinzen Hohenlohe. Die erste Besprechung mit dem Reichskanzler fand Freitag mittag statt.

Wien, 14. April. In unterrichteten Kreisen wird der Reise des Barons Burian nach Berlin große Wichtigkeit beigemessen. Man bringt sie mit der letzten Rede des Reichskanzlers in Zusammenhang.

Wien, 16. April. Der Minister des Aeußeren Baron Burian ist heute früh aus Berlin hier eingetroffen.

Australische Kriegskosten.

Berlin, 15. April. Das „Tageblatt" meldet aus Amsterdam: In Londoner Zeitungen werden die Kriegskosten Australiens, die sich allein auf die Löhnung der Mannschaft beziehen, auf 33 Millionen Pfund Sterling jährlich geschätzt. Der Berechnung ist eine Kopfzahl von 275 000 Mann zu Grunde gelegt.

Pferde, die sie nicht erreichten.

T.U. **Amsterdam,** 16. April. Dem „Telegraaf" wird aus Tielt gemeldet: Ein Zug mit 670 Pferden, die für den Export nach England bestimmt waren, wurden auf der Station Tielt auf höheren Befehl angehalten.

Herford und Minden-Ravensberg.

17. April.

Bau- und Sparverein Herford.

Ein beredtes Zeugnis seiner Tätigkeit legte die Ordentliche Generalversammlung des hiesigen Bau- und Sparvereins ab, die am Sonnabend abend in Aeckers Gasthof abgehalten wurde. Wie allen unseren Vereinszusammenkünften, so drückte auch dieser der Krieg den Stempel auf. Mit Recht betonte deshalb der Vorsitzende, Herr Fabrikant W. Menckhoff, die Notwendigkeit des „Durchhaltens auch auf diesem Gebiet. Er führte darüber etwa folgendes aus:

„Es ist die zweite Versammlung, die wir im Zeichen und unter dem Drucke des Krieges abhalten. Es gereicht mir heute zur ganz besonderen Befriedigung, feststellen zu können, daß wir durchgehalten haben; wir sind aber auch Denen, die für uns und unsere Heimat kämpfen, die in den Schützengräben liegen und für die Wohlfahrt des Vaterlandes ihr Leben und ihre Gesundheit einsetzen, zu ganz besonderem Danke verpflichtet. Sie sorgen in allererster Linie auch dafür, daß die Interessen, die uns in der Heimat wahrzunehmen obliegen, auch fernerhin gewahrt werden. Ihnen allen wollen wir auch von diesem kleinen Kreise aus unsern Dank aussprechen! — Wir haben im verflossenen Jahre mit Erfolg gearbeitet. Zwar haben wir neue Ansiedlungen, neue Häuser nicht errichten können, aus dem einfachen Grunde, weil sich infolge der Härte dieser Zeit niemand fand, der eine eigene Ansiedlung erwerben mochte. Aber im großen und ganzen — so fuhr Redner, auf den Bericht des Vorstandes überleitend, fort — sind die Genossen ihren Verpflichtungen auch im letzten Vereinsjahre gerecht geworden; es ist nur ein kleiner Teil im Rückstande geblieben. Es muß aber hierbei ausdrücklich betont werden, daß diese Genossen sich nach besten Kräften bemühen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nur gegen einen Genossen, der bereits im vorigen Vereinsjahre im Rückstande blieb, mußten wir mit Klage vorgehen und den Vertrag mit ihm kündigen. Sein Haupttätigkeitsfeld hatte der Verein in der Schultze-Delitzsch-Straße und in der Bauvereinsstraße. An Erwerbshäusern wurden bisher 352 000 ℳ aufgewendet. Die Bilanz ergibt ein sehr erfreuliches Bild, das auch der Verbandsrevisor als ein solches bezeichnen mußte. Er unterstreicht in seinem Bericht ganz besonders: „Die Finanzierung der Genossenschaft muß als eine vorsichtige, auf sicherer Grundlage basierende angesehen werden, die einen erfreulichen Bestand aufweist." Die Revision durch den Verbandsrevisor hat unvermutet am 11. Dezember stattgefunden, sodaß es leider nicht möglich war, Einladungen an die Beteiligten ergehen zu lassen. Das bedauert der Vorstand; zu solchen Revisionen müßten die maßgebenden Faktoren stets geladen werden. — Die Bilanz weist folgende Zahlen auf:

Aktiva:	386 881,51 ℳ
Passiva:	383 921,99 „
Reingewinn:	2 959,52 ℳ

Der Vorstand schlägt folgende Verteilung vor:

An den Reservefond I	295,95 ℳ
4 % Dividende:	1100,— „
Reservefond II:	1563,57 „
	2959,52 ℳ

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder beträgt etwa 26 800 ℳ. Die Genossenschaft zählt jetzt

43 Häuser mit 131 Wohnungen.

Redner schließt seine Ausführungen mit dem Danke an die übrigen Herren im Vorstande für die umsichtige Geschäftsführung und verbindet damit den Ausdruck des wärmsten Dankes vor allem an den Kassierer, Herrn Stadtkämmerer Falk, der seine geschätzte Kraft auch fernerhin in den Dienst des Vereins stellen möge!"

Bezüglich der Mietverträge ersuchte man den Vorstand um Aufklärung darüber, ob es nicht besser sei, daß man eine notarielle Beurkundung derselben vornehme. Vom Kassierer Falk wird erwidert, daß man mit der bisher geübten Form noch keine Schwierigkeiten hatte und auch in Zukunft solche nicht haben wird. Man möge es beim Alten belassen. Zwei Vorstandsmitglieder und der Mieter haben den Vertrag zu unterschreiben, das genüge vollkommen. Die Versammlung erklärt sich

Im deutschen Belgien.

Die Belgier, die sich im Auslande befinden, sind durch die Agitation unserer Feinde auch in den Kampf hineingezogen worden, den man uns für nach dem Kriege seit Monaten androht. Die Engländer und Franzosen, die uns nicht nur militärisch besiegen und zerschmettern wollen, schmieden ja die absonderlichsten Pläne, um das dezimierte Deutschland nach Friedensschluß nochmals töten und abschlachten zu können. Sie wollen unseren überseeischen Handel nicht dulden, und mit ihren Verbündeten eine so feste Allianz schließen, daß eine Verarmung des industriellen Deutschlands nicht ausbleiben könne. Es sind über diesen Wirtschaftskrieg Bücher und Bände geschrieben worden, und als man daran ging, der Sache eine greifbare Gestalt zu geben, erkannte man namentlich in dem nüchternen England, daß sich im Raume die Dinge stoßen. Die mit großem Skandal angekündigte Konferenz in Paris ist wiederum verschoben worden, denn der englische Handelsminister Runciman hat angeblich keine Zeit, nach Paris zu reisen, weil andere Dinge ihn in London stärker beschäftigen sollen. Wir glauben, der etwas zu geschäftsmäßig gerichtete Engländer wird, wie man bei uns zu sagen pflegt, in all diesen Projekten ein Haar gefunden haben und sich von dem etwas temperamentvoller veranlagten Franzosen nicht in eine Angelegenheit hineinhetzen lassen wollen, die schließlich mit einem geschäftlichen Mimis endigen könnte. Business is business. Das hat der Engländer im Anfang des Krieges einen Augenblick vergessen; aber je länger der Krieg dauert, desto mehr gewinnt dieser Grundsatz bei ihm wieder Geltung.

Auch die Belgier haben sich in diesen Wirtschaftskampf hineinziehen lassen. Sie haben in London eine Vereinigung gegründet, und allwöchentlich darüber beraten, wie man sich von dem deutschen Handel nach dem Krieg befreien könnte. Ein Mann, der, als er noch auf belgischem Boden weilte, ein recht vernünftiges Buch über die deutsche Industrie geschrieben hat, ein gewisser Billiard aus Brügge, ist der größter Rufer im Streit. Er hat so viel Pläne geschmiedet, daß es sich kaum verlohnt, auch nur auf einen einzigen einzugehen. Es hat ihm offenbar Spaß gemacht, daß die belgischen Flüchtlingsblätter, die ja bekanntlich einen Teil der Rheinlande annektieren wollen, seine Gedanken willig verbreiteten und sich in Deutschenhaß nicht genug tun konnten. Aber die Sache konnte auf die Dauer nicht mit dem Gefühl weiter betrieben werden, denn vor den wirklichen Tatsachen hielten die verschiedenen Projekte nicht stand. Ein gewisser Teugels-De Vos, der sich zwar in Deutschenhaß seit Monaten auch allerhand geleistet hat, ist es gewesen, der in verschiedenen Artikeln die Pläne seiner Landsleute auf das richtige Maß zurückführte. Er sagte mit sauer-süßer Miene, es sei ja sehr schön, daß die Handelskammer von Birmingham sich mit dem Gedanken trage, wichtige wirtschaftliche Probleme, die nach dem Kriege gelöst werden sollen, schon jetzt einem Kongreß der Alliierten zu unterbreiten, aber bedauerlicher sei es, daß aus dem besetzten Belgien keine Vertretungen entsendet werden könnten, so daß also die wichtigsten belgischen Handelskammern von Brüssel, Antwerpen, Gent, Lüttich und Charleroi nicht zu Worte kämen. Die Engländer hätten jetzt schutzzöllnerische Ideen, die eigentlich sich mit den Interessen Belgiens kaum in Einklang bringen ließen, denn Belgien, das etwa die Hälfte seiner Fabrikerzeugnisse ausführe, müsse natürlich gegen alles Front machen, was darauf hinauszielte, künstliche Schranken aufzurichten. Belgien könne eigentlich nur freihändlerisch sein, denn sein industrielles Leben wäre vernichtet, wenn es nicht mehr die Rohmaterialien, die es zum allergrößten Teil aus dem Ausland beziehen müsse, sich zu den günstigen Bedingungen verschaffen könne wie früher. Und dann habe ja auch Belgien Häfen, die zu seinem Wohlstand wesentlich beigetragen hätten. Wenn beispielsweise die Engländer darauf bestehen würden, daß die Schiffe, die englische Häfen anlaufen, eine besondere Steuer entrichten müssen, dann könne das unter Umständen für Belgien verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen. Zeebrügge, Brügge und Antwerpen wären unter diesen Umständen ruiniert, denn diese Metropolen könnten nur dann den Nationalwohlstand mehren, wenn sie wie früher der Ausgangspunkt vieler regelmäßiger Schiffahrtslinien blieben. Antwerpen z. B. sei auf das deutsche Hinterland angewiesen gewesen, daß es den deutschen Schiffahrtsgesellschaften die besten Plätze im Hafen hätte einräumen müssen. Das sei eine Wahrheit, die man aussprechen müsse, selbst wenn sie im Augenblick noch bitter schmeckte. Ein geschlagenes Deutschland würde Belgien sicher gram sein und dafür Sorge tragen, daß Rotterdam in Zukunft die Rolle einnehmen werde, die Antwerpen vor dem Kriege für die deutsche Ausfuhr gespielt habe. Um das zu verhüten, kommt dann der schlaue Belgier auf einen ganz verteufelt geschickten Gedanken: er will einen Rhein-Scheldе-Kanal sobald als möglich gebaut haben und dem geschlagenen Deutschland die Verpflichtung auflegen, ihn auf seine Kosten für Belgien zu bauen. Dadurch glaubt er, die Zukunft Antwerpens auch dann sichern zu können, wenn die englisch-französischen Pläne inbezug auf die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands nach dem Kriege Gestalt gewinnen sollten.

Andere Belgier sind auch schon auf den Gedanken gekommen, daß man eigentlich, wenn man Deutschland vernichten würde, einen guten Kunden beseitigte. Sie suchen Trost in ihren Annektionsgelüsten und glauben, daß sie einen großen Teil der Rheinlande einstecken können und daß Frankreich ihnen das wiedergewonnene Elsaß-Lothringen dienstbar machen werde. Selbst im Regierungsorgan in Le Havre im XXième Siècle sind wir diesem Gedanken begegnet und wir möchten eigentlich wissen, ob es einen belgischen Minister gibt, der sich nicht an den Kopf geschlagen hätte, als er dieses hirnverbrannte Zeug las. Haben die Leute ganz vergessen, daß Belgien an Deutschland etwa das Doppelte verkaufte als Deutschland an Belgien? Haben sie bei ihrer Flucht aus Brüssel die Handelsstatistik zurückgelassen? Denn sie hätte ihnen auch sagen können, daß das Geschäft, das Belgien mit Frankreich machte, von Jahr zu Jahr an Bedeutung einbüßte, während das Geschäft mit Deutschland ständig stieg. Doch darüber setzen sich die geistigen Führer der belgischen Nation, die sich draußen aufhalten, mit Grazie hinweg. Der Chefredaktour des Regierungsorgans propagiert in jeder Nummer seines Blattes seine Annektionsgedanken und er wird darin unterstützt von Herrn Maurice des Ombiaux, einem Schriftsteller, der sich allerdings nie in seinem Leben mit politischen Dingen beschäftigte. Und ein solcher Mann ist durch den großen Weltkrieg plötzlich ein Staatsmann geworden, der die Karte Europas verändert, und der etwa 3 Millionen rheinischer Landsleute zwangsweise zu Belgiern machen will. Erst vor zwei Tagen hat dieser große Mann herausgefunden, daß die Rheinländer eigentlich nur gezwungen Deutsche sind und daß man es gar nicht schwer haben würde, sie zu guten Belgiern zu machen. Allerdings müßten sie eine gewisse Probezeit absolvieren. Vielleicht fünfzehn Jahre müßte man ihnen Gelegenheit geben, ihre belgische Gesinnungstüchtigkeit zu beweisen, und wenn sie sich des Vorteils der französischen Kultur nicht bewußt geworden seien, könnte man ja das Regime der Aufenthaltserlaubnis auf sie anwenden. Sie würden dann in ihrem neuen Vaterland wohl Pflichten, aber keine Rechte haben und man könnte sie zwangsweise da ansiedeln, wo man Lust habe.

In einem empfohlenen Buch fanden wir den Vorschlag, daß die annektierten Rheinländer etwa so behandelt werden sollen, wie Ausländer, denen man eine Aufenthaltserlaubnis gegeben hat: Man müsse ihnen das Recht absprechen, Grundbesitz zu erwerben, selbständig Handel zu treiben oder Gesellschaften und Vereine zu gründen. Mit anderen Worten, man würde ihnen die Luft abschneiden, um zu leben und würde ihnen nicht einmal die Freiheit lassen, die die Deutschen dem nach französischer Ansicht so außerordentlich geknechteten Elsaß-Lothringen, vom ersten Tage an gewährt haben. In einem Atemzug, in dem man diese Vorschläge macht, spricht man davon, daß das neuerworbene Rheinland das Hinterland für den Hafen von Antwerpen bilden müsse.

Man kann diese Politiker damit verlassen und unseren Wirtschaftspolitikern nur den guten Rat geben, sich ernstlich nicht mehr mit ihnen zu beschäftigen: sie sterben von selbst ab.

mit dieser Handhabung auch weiterhin einverstanden.

Im Auftrage des Aufsichtsrats der Genossenschaft beantragt alsdann Herr Busse, dem Vorstande Entlastung zu erteilen. Dies geschieht einstimmig. — Gegen den Vorschlag des Vorstandes, eine Dividende von 4 % zur Verteilung zu bringen, erhebt sich gleichfalls kein Widerspruch.

Es folgen die Neuwahlen für den Vorstand und den Aufsichtsrat. Statutengemäß scheiden aus vom Aufsichtsrat die Herren Leop. Busse, Heidbrink und Menge; vom Vorstande die Herren Falk, Dr. Krengel und Althöfer. Gegen die Wiederwahl der Ausscheidenden erhebt sich kein Einwand. Sie werden deshalb durch Zuruf einstimmig wiedergewählt und nehmen die Wahl an.

Beim letzten Punkt „Verschiedenes" bringt Herr Karl Nolting zur Sprache, daß dem Reichstage demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde betreffs einer Kapitalabfindung für solche Kriegsbeschädigten, die sich ein kleines Eigentum zu erwerben wünschen. Er (Redner) möchte den Vorstand bitten, doch diesen Männern recht günstige Erwerbsbedingungen zu stellen, hätten sie doch gerade ihr Möglichstes getan für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes. Der Vorsitzende dankt für diese Anregung. Es bedürfe keiner weiteren Bestätigung, daß der Vorstand, soweit es im Raume der jetzigen Verhältnisse der Genossenschaft möglich sei, dieser Anregung Folge geben werde. Er sei bereits lebhaft bemüht gewesen, im Sinne der Vorlage, die dem Reichstage zugehe, zu wirken. Die Vorlage gehe aber weit über das hinaus, was von der Genossenschaft geleistet werden könne. Es handelt sich um Existenzen, die in landwirtschaftlicher Beziehung ihren Erwerb suchen werden, da aber reichten die Grundstücke, die die Genossenschaft zur Verfügung habe, bei weitem nicht aus. Wir geben — so meinte der Vorsitzende — unseren Genossen einen halben Scheffelsaat bis zu einem Morgen, also doch sozusagen nur ein Gartenland. Der Inhaber kann Kartoffeln und Gemüse darauf bauen. Wenn aber denen geholfen werden solle, die in der Industrie ihren Erwerb nicht mehr haben können, wie sie es vor dem Kriege hatten, so gehöre dazu ein größeres Grundstück. Wenn aber die Möglichkeit sich biete, billigen Grundbesitz zu erwerben seitens der Genossenschaft, so möge man den Vorstand davon benachrichtigen, daß er darüber berate. Selbstverständlich sei man bereit, in jeder Weise auch in dieser Hinsicht die helfende Hand zu bieten.

Eine weitere Anfrage an den Vorstand betraf die „Bedingungen, zu welchen man bauen kann". Bisher betrug der Genossenschaftsanteil 200 ℳ, jetzt fordert die Genossenschaft eine Anzahlung von 10 % des Wertes des Grundstückes. Es ist dies die einzige Neuerung, die im Verlaufe ds Kriegs notwendig geworden ist. Gegen diese Neuerung erhob sich eine Stimme aus der Versammlung, die betonte, daß sich bei den gegenwärtigen Zeitläuften wohl kaum Jemand finden werde, der auf solche Bedingungen einzugehen imstande sei. Man möge nur an kinderreiche Familien und im Zusammenhange damit an die Lebensmittelpreise denken. Wie könne es da z. B. möglich sein, daß ein Interessent 1000 ℳ Anzahlung leisten solle. Der Vorsitzende erwidert, daß gegen die Bestimmung nichts zu unternehmen sei. Trotzdem betone er, daß diejenigen, welche über ein Kapital in Höhe von 1000 Mark verfügten, sich viel erfolgreicher und sicherer der Genossenschaft anvertrauten als dem Unternehmer. Der Bau- und Sparverein sei immer der Entgegenkommende, nicht aber der Unternehmer. Der Verein wolle ja über schwierige Verhältnisse gerade hinweghelfen und die Anzahlung von 10 % sei immerhin noch eine sehr geringe. Nach dem Kriege könne man vielleicht wieder zu den alten Bedingungen zurückkehren.

Zum Schluß nahm Herr Stadtkämmerer Falk das Wort, um für den ihm zuteil gewordenen Ausdruck des Vertrauens zu danken. „Aber nicht ich" — so führte der mit so vielen Kassenämtern belastete wohlverdiente Herr aus — „habe diesen Dank und diese Anerkennung verdient, denn ich kann nur im Kleinsten an Allem mitwirken, was mir obliegt. Mein Dank gebührt meinen Mitarbeitern, zumal aber Herrn Tiemann, der mir in überaus reger Weise zur Seite steht. Allen meinen Mitarbeitern auch von dieser Stelle aus meinen herzlichsten Dank für ihre Unterstützung!"

Gegen 11 Uhr fand die von 25 Genossen besuchte, anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. tr.

Beschränkung der Kartoffel-Verfütterung.

(Amtlich.) Um eine zu starke Verfütterung der Kartoffeln zu verhindern, hat der Bundesrat angeordnet, daß zunächst bis zum 15. Mai Kartoffelbesitzer nicht mehr insgesamt Kartoffeln verfüttern dürfen, als auf ihren Viehstand bis zu diesem Tage nach folgenden Sätzen entfällt:

A. An Pferde höchstens zehn Pfund.
An Zugkühe höchstens fünf Pfund.
An Zugochsen höchstens sieben Pfund.
An Schweine höchstens zwei Pfund
Kartoffeln täglich.

B. oder statt dessen an Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei ein Viertel der vorstehenden Sätze.

Insoweit Kartoffeln oder Kartoffeltrockenprodukte bisher an die einzelnen Tiergattungen nicht verfüttert worden sind, darf dies auch in Zukunft nicht geschehen. Für Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl ist ein vollständiges Verfütterungsverbot erlassen.

Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht.

Der Bundesrat hat ferner die Verpflichtung zur Ablieferung von Kartoffelprodukten erweitert auf diejenigen Vorräte, die bisher für die eigene Wirtschaft zurückbehalten wurden. Lediglich diejenigen Mengen sollen zurückbehalten werden dürfen, die der Trockner bis zum 15. Juli nach dem oben erwähnten Maßstabe verfüttern dürfte, und die die sogenannten Selbstversorger bis zum 15. August bei einem Satze von einem Kilogramm für den Kopf und Monat brauchen.

Die westfälische Tabakindustrie und die neue Steuervorlage.

Die so dringend notwendige Klärung über die Stellung der westfälischen Tabakindustrie zu dem neuen Gesetzentwurf ist nunmehr herbeigeführt. Nach den Feststellungen des Arbeitsausschusses der „Westfälischen Tabak-Industriellen" **sind von etwa 125 Firmen, die im W. T. V. organisiert sind, mindestens mehr als 100 gegen das Inkrafttreten** der geplanten Abgaben während des Krieges. Zieht man weiter in Betracht, daß auch von den im D. T. V. zusammengeschlossen 13 Verbänden acht oder neun sich gleichfalls für die Zurückstellung ausgesprochen haben, so liegt es klar zu Tage, daß jetzt nicht mehr behauptet werden darf, die organisierte Tabak-Industrie dränge Reichsschatzsekretär und Reichstag zum sofortigen Inkraftsetzen neuer Tabakabgaben. Damit sind aber auch die Richtlinien für das Verhalten des Vorstandes des W. T. V. gegeben. Fünf seiner früheren Mitglieder haben bereits ihren Austritt angemeldet, weil sie die Verantwortung für die bisherige Arbeit nicht mehr zu tragen in der Lage waren. Wir sind gewiß, daß auch die übrigen Herren sich in einem schweren Gewissenskonflikt befinden. Sicher haben sie bisher das Beste gewollt, niemand wird das bestreiten können. Aber der eingeschlagene Weg ist unter den heutigen Verhältnissen falsch und da gibt es nur eine Möglichkeit: Zurück! Frei erwählte Führer, die sich nicht mehr auf das allgemeine und rückhaltlose Vertrauen ihrer Mannschaft stützen können, müssen unter allen Umständen daraus den Schluß ziehen und zu ihren Wählern zurückkehren. Wir haben schon einmal ausgeführt, daß daraus niemals und niemand ein Vorwurf erwachsen kann.

Das war auch die allgemeine Auffassung einer Versammlung von westfälischen und lippischen Tabakfabrikanten, die am Freitag in Herford stattgefunden hat. Zahlreiche Redner der großen Versammlung stellten erneut fest, daß die heimische Tabakindustrie die Steuer in dieser kritischen Zeit nicht will, ausgenommen einen sehr kleinen Teil von größeren Unternehmern, die nichts zu befürchten hätten. Die gesamten kleineren und mittleren Firmen erblicken in einer Mehrbelastung unter den heutigen Umständen die schwerwiegendsten Gefahren, die zum Verderben unserer ganzen Gegend ausschlagen müssen. Noch einmal wurden die sicher eintretenden Schäden nach allen Seiten hin beleuchtet und der sicheren Erwartung Ausdruck verliehen, daß nunmehr auch der W. T. V. als solcher baldmöglichst seine Stimme erheben möge für die Zurückstellung der Steuer. Geschähe das nicht, müsse man, so wurde von allen Sprechern betont, um den Bestand der Organisation in ihrer jetzigen Form fürchten, einer Organisation, deren hohe Verdienste niemand bestreiten wolle.

Dieser Stimmung wird, davon sind wir sicher, jetzt auch der W. T. V. Rechnung tragen, um die Einheit und Geschlossenheit der westfälischen Tabakindustrie nicht aufs Spiel zu setzen und unsere liebe Heimat vor einem schweren Schlag zu bewahren.

= **Herforder Kleinbahnen.** Im Monat März 1916 betrugen die Betriebseinnahmen der Herforder Kleinbahnen: a) aus dem Personenverkehr 8783,53 Mark (Vorjahr 8430,84 ℳ), b) aus dem Güterverkehr 8054 ℳ (Vorjahr 8446,61 ℳ), c) aus Nebeneinnahmen 838,72 ℳ (Vorjahr 2928,62 ℳ), zusammen 17 676,25 ℳ (Vorjahr 19806,07 ℳ). Demnach gegenüber März 1915 weniger 2129,82 Mark. Am Hafen in Blotho wurden 1660 Kg. umgeschlagen gegen 53 620 Kg. im gleichen Monat des Vorjahres. — Bei den Bielefelder Kreisbahnen betrugen die Betriebseinnahmen: a) aus dem Personenverkehr 9594,27 ℳ (Vorjahr 8895,61 ℳ), b) aus dem Güterverkehr 7271 ℳ (Vorjahr 6684,40 Mark), c) aus Nebeneinnahmen 792,37 ℳ (Vorjahr 935,61 ℳ), zusammen 17 657,64 ℳ (Vorjahr 16 515,62 ℳ). Demnach gegenüber März 1915 mehr 1142,02 ℳ.

= **Zählung der leerstehenden Wohnungen.** Auf Veranlassung des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswesens in Münster in Westf. findet in diesen Tagen in den westfälischen Städten und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine Zählung der leerstehenden Wohnungen statt. Die Zählung hat den Zweck, festzustellen, ob die tatsächlichen Verhältnisse die Befürchtung, die man hinsichtlich der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege hegt, rechtfertigen. Bekanntlich rechnen fast alle Fachkreise mit einer großen Knappheit an Kleinwohnungen nach Friedensschluß. Begründet wird diese Befürchtung damit, daß schon in den letzten Jahren vor dem Kriege wenig, während des Krieges fast garnicht gebaut worden ist, daß der Bedarf an Wohnungen aber ständig steigt und namentlich die Nachfrage nach Kleinwohnungen infolge der wirtschaftlichen Schädigung eines großen Teiles des Mittelstandes, der dadurch zu Einschränkungen auch hinsichtlich der Wohnung genötigt wird, infolge der zahlreichen Kriegstrauungen und des erfahrungsgemäß nach jedem Kriege starken Anschwellens der Heiratsziffer einen Umfang annehmen wird, daß das Angebot stark hinter der Nachfrage zurückbleiben wird. Die Zählung der leerstehenden Wohnungen, bei der für die verschiedenen Größenklassen das Verhältnis der leerstehenden zu den überhaupt vorhandenen Wohnungen festgestellt werden soll, wird nun in Verbindung mit anderen Erhebungen ein ungefähres Bild von der voraussichtlichen Entwickelung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage an Wohnungen geben und die Städte und Gemeinden in den Stand setzen, frühzeitig vorzusorgen, daß in ihren Mauern keine Wohnungsnot entsteht bezw. daß eine drohende Knappheit an Kleinwohnungen durch rechtzeitiges Eingreifen vorgebeugt wird. Es ist daher erfreulich, daß sich ein großer Teil der westfälischen Städte und Gemeinden an der Zählung beteiligt. Die Verhältnisse der westfälischen Gemeinden werden vielleicht wertvolle Anhaltspunkte auch für die anderen Gegenden Deutschlands geben; so gewinnt die westfälische Zählung also allgemeine Bedeutung. Möchten deshalb auch alle Hausbesitzer diese Zählung nach Kräften unterstützen.

= **Heilbehandlung der entlassenen Kriegsteilnehmer.** In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 6. April d. Js. ist eine Entschließung auf Gewährung von Reichsmitteln an die Abteilung „Bäder- und Anstaltsfürsorge" des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz einstimmig angenommen worden. Wie wir erfahren, handelt es sich bei der Tätigkeit dieser Abteilung um einen Zweig der öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege, der, in der Stille ausgebaut, berufen sein soll, ergänzend in die Lücke einzutreten, die trotz des gewaltigen Baues unserer Sozialversicherung und der militärischen Kriegsbeschädigtenfürsorge bestand. Die schweren Opfer an Blut und Gesundheit, die von Deutschland gebracht werden, haben bereits seit langer Zeit Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe mit Sorge in die Zukunft stehen lassen. Denn nur ein vollwertiges und arbeitsfähiges Geschlecht wird später in der Lage sein, die grossen mittelbaren und unmittelbaren Ausfälle an Arbeitskraft so auszugleichen, daß Deutschland auch nach dem Frieden seinen weltwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann. Aus diesem Grunde ist namentlich mit Unterstützung der deutschen Wirtschaftskreise die genannte Abteilung so ausgebaut worden, daß sie Hand in Hand mit unserem so hoch entwickelten Bäderwesen imstande ist, auf dem Gebiet der Heilfürsorge für die große, aber in der öffentlichen Meinung bisher leider wenig beachtete Menge der „Kriegskranken" einzutreten. Die Abteilung Bäder- und Anstaltsfürsorge ist bereits jetzt der einheitliche Mittelpunkt für die gesamte amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge auf dem Gebiete der Heilbehandlung der entlassenen Kriegsteilnehmer. Ihre Geschäftsräume befinden sich in Berlin W. 66, Herrenhaus, Leipzigerstraße 3.

= **Die Einführung des außergerichtlichen Zwangsvergleichs** für die Zeit des Krieges soll durch eine gegenwärtig in Vorbereitung befindliche Bundesratsverordnung erfolgen. Zur Begründung der Maßnahme wird offiziös mitgeteilt: Durch die Bundesratsverordnung vom 8. August 1914 wurde zur Abwendung des Konkurses die Geschäftsaufsicht eingeführt. Bei den außergewöhnlichen Verhältnissen unmittelbar nach Kriegsausbruch konnten Zahlungseinstellungen leicht eintreten, auch bei Betrieben, die sonst fest gegründet und lebensfähig waren. In solchen Fällen hätte eine Eröffnung des Konkurses ohne zwingenden Grund die wirtschaftliche Stellung des Schuldners für alle Zukunft in Frage gestellt; eine derartige Härte mußte vermieden werden. Dies ist dadurch erreicht, daß ein Schuldner, der durch den Krieg zahlungsunfähig geworden ist, bei dem Konkursgericht die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens beantragen kann, wenn die Behebung seiner Zahlungsunfähigkeit nach Beendigung des Krieges als wahrscheinlich gelten darf. Nun wird aber zweifellos in vielen Fällen bei der langen Dauer des Krieges die erhoffte Zahlungsfähigkeit nach Friedensschluß noch nicht erreicht sein, so daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Eröffnung des Konkurses nach Beendigung der Geschäftsaufsicht beantragt werden kann. Hier will nun die in Vorbereitung befindliche Bundesratsverordnung die Möglichkeit schaffen, den gerichtlichen Konkurs zu vermeiden durch die Einführung des außergerichtlichen Zwangsvergleichs. Die Durchführung dieses Zwangsvergleichs dürfte in die Hände derjenigen Aufsichtspersonen gelegt werden, die das Konkursgericht bei der Anordnung der Geschäftsaufsicht zur Ueberwachung der Geschäftsführung des Schuldners bestellt hat.

= **Ansteckende Krankheiten.** In der Berichtswoche vom 2. bis 8. April wurden im Reg.-Bez. Minden 105 Fälle ansteckender Krankheiten aus 54 Gemeinden gemeldet: 36 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Diphtherie, 29 Todesfälle an Tuberkulose, 31 Erkrankungen und 1 Todesfall an Scharlach, 4 Erkrankungen an Pocken.

m. **Die „Kriegsspende Deutscher Frauendank" hat in Herford** erfreulicher Weise ein recht günstiges Ergebnis gehabt. Es sind insgesamt **3118,75** Mark gesammelt worden. Der Ortsausschuß des „Deutschen Frauendankes" möchte es daher nicht unterlassen, den Spendern und besonders auch den Damen, welche sich der mühevollen Arbeit des Einsammelns der Spenden unterzogen haben, sowie auch der Presse, welche warm für die Kriegsspende eingetreten ist, an dieser Stelle den herzlichsten Dank auszusprechen.

= **Errichtung einer Reichsbranntweinstelle.** (Amtlich.) Der Bundesrat hat in der letzten Sitzung die Errichtung einer besonderen Behörde zur Regelung des Verkehrs mit Branntwein beschlossen. Der neuen Reichsbranntweinstelle wird ein Beirat zur Seite stehen, während die Bewirtschaftung des gesamten Branntweins der Spirituszentrale übertragen ist. Die Beschränkung betrifft versteuerten und unversteuerten Branntwein. Ausnahmen sind u. a. für Kognak sowie für gewisse Kleinbrennereien gemacht.

r. **Schweine-Versicherungsverein Herford.** Im Lokale „Westfälischer Hof" hielt der Schweineversicherungsverein am gestrigen Sonntagnachmittag seine Generalversammlung ab, die von 50—60 Mitgliedern besucht war. Dem Jahres- und Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Verein zählt zurzeit etwa 350 Mitglieder. Sein Vorstand besteht aus den Herren: W. Röbbecke, als Vorsitzender, Aug. Redeker, Stellvertreter; Brackfiek (im Felde) Schriftführer; Aug. Lohmeyer Kassierer. Das Amt eines Bezirksführers bekleiden für die Altstadt: Blomberg und Hillert; Neustadt: Johannpeter und Brinkmann; Radewig: Schewe und Redeker; Stiftberg: Frentrup und Wehmeyer. Der Kassenbestand betrug am 1. April 1915: 545,62 ℳ; Einnahme und Ausgabe balanzierten mit 5509,80 Mark. Versichert waren im Jahre 1915/16 von 347 Mitgliedern 630 Schweine. Neu beigetreten sind 34 Mitglieder. Von den 630 Schweinen sind 52 entschädigt mit 3208,65 ℳ. An Fleischerlös von 14 Schweinen wurden 761,15 ℳ vereinnahmt. Geimpft sind 523 Schweine, was ohne die Entschädigung für die Begleiter (104,60 ℳ) einen Kostenaufwand von 508,40 ℳ, also 613 ℳ zusammen, verursachte. Auf die dritte Kriegsanleihe zeichnete der Verein 2000 ℳ, bei der Sparkasse belegt sind 1261,04 ℳ, die Vereinskasse besitzt 183,30 Mark, sodaß sich ein Vermögensbestand von 3344,34 Mark ergibt. Gegenüber dem Vorjahre hat sich das Vermögen des Vereins demnach um 957,29 ℳ vermindert. Nach erfolgter Prüfung der Kasse und der Beläge wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf fand eine längere Aussprache über die Festsetzung der Versicherungssumme statt. Bisher betrug dieselbe für ein Schwein 100 ℳ. Laut Beschluß der gestrigen Versammlung soll sie für die Zukunft 200 ℳ betragen. Einen gleichsfalls breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Impfungsfrage ein. Wie erwähnt, beliefen sich die Gesamtkosten für das Impfen der Tiere gegen Rotlauf auf 613 ℳ im vergangenen Vereinsjahre. Sämtliche Mitglieder, welche in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen, stellten sich mit dem Vorstande auf einen ablehnenden Standpunkt. Man war einmütig der Ansicht, daß eine Impfung der Tiere zwecklos sei, worauf denn auch die Abstimmung ergab, daß die Impfung der Schweine für dies Vereinsjahr einstimmig abgelehnt wurde. Unter „Verschiedenes" wurde vom Vorstandstische aus darauf hingewiesen, daß eintretende Erkrankungen von Schweinen sofort angemeldet werden müssen, ferner wurde der Sauberkeit der Ställe das Wort geredet, worauf die Besprechungen ihr Ende erreicht hatten.

pl. **Obst- und Gartenbauverein.** Eine gut besuchte Versammlung hielt der Obst- und Gartenbauverein am Sonnabend im Evangel. Vereinshause ab. Zu diesem Abend war als Redner Herr v. d. Mühlen-Bielefeld gewonnen, welcher sich über den Obstbau unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Gegenwart verbreitete. Er empfahl namentlich die Umveredelung alter Obstbäume, die sich in den Hausgärten vorfinden, deren Ertrag sich dadurch steigern lasse. Staat und Provinz sollten Beihülfen zur Ausbildung von Obstbaum-Veredlern gewähren; der Obstbauverband sollte diese Vorschläge weiter ausarbeiten. Redner gab auch Ratschläge über die Veredlung und fand mit seinen Ausführungen viel Verständnis und dankbare Zuhörer. — Die Berichte über den „Erfurter Führer" und den „Praktischen Ratgeber" mußten wegen Verhinderung der Referenten zurückgestellt werden. Eine Verlosung von Lehrbüchern in Obst- und Gemüsebau bildeten den Schluß der Versammlung.

Amt Enger.

Enger, 17. April. Die Kontroll-Versammlung findet Mittwoch, 19. April, vorm. 9 Uhr im Saale des Gastwirts Pörtner statt.

Amt Spenge.

Spenge, 17. April. Im Saale des Gastwirts Schröder findet am morgigen Dienstag nachm. 3¼ Uhr die Kontroll-Versammlung statt.

Amt Blotho.

Exter, 16. April. Der Kreisausschuß hat der Kleinbahndirektion zum Verkauf im Amtsbezirk Blotho 35 Sack Saatpferdebohnen überwiesen. Diese Bohnen lagern: 10 Sack auf dem Kleinbahnhofe Exter, 15 Sack auf dem Kleinbahnhofe Wehrendorf, 10 Sack auf dem Kleinbahnhofe Blotho. Der Verkauf der für Blotho bestimmten 10 Sack findet auf dem Kleinbahnhofe statt, während in Exter Bahnagent Knöner und in Wehrendorf der Händler Sprang den Verkauf besorgen. Der Preis für die Pferdebohnen beträgt 90 ℳ für 100 Kilogr. ohne Sack. Die leeren Säcke müssen sofort zurückgegeben werden.

Exter, 16. April. Zur sicheren Durchführung der diesjährigen Frühjahrsbestellung ist auf Anweisung des Regierungspräsidenten die Bildung von wirtschaftlichen Kommissionen erfolgt, deren Aufgabe es ist, den Angehörigen einberufener Krieger in wirtschaftlichen Fragen (Beschaffung von Arbeitskräften, Saatgut usw.) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In diese Kommission gehören: 1. für den Stadtbezirk Blotho: a) für den Winterberg Kolon Heinrich Harland, Feldmark Süd 21; b) für den Amthausberg Kolon Heinrich Klinkfiek, Feldmark West 59. 2. Für die Landgemeinden Valdorf und Exter die Herren Bauerschaftsvorsteher. Diesen sind zur Unterstützung noch eine Anzahl erfahrene Landwirte als Hülfspersonen zugeteilt worden.

Blotho, 16. April. Die von den Gemeindevertretungen von Blotho, Valdorf und Exter für das Rechnungsjahr 1916 gefaßten Gemeindebesteuerungsbeschlüsse haben die Genehmigung des Kreisausschusses in Herford und die Zustimmung des Regierungspräsidenten in Minden gefunden. Hiernach gelangen zur Erhebung: Stadt Blotho 230 Proz. von der Staatseinkommensteuer einschl. der sing. Sätze von 2,40 und 4,— *M* und von der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (die Betriebssteuer bleibt für 1916 zuschlagfrei); Gemeinde Valdorf 330 Proz. von sämtlichen vorgenannten Steuerarten einschl. der Betriebssteuer; Gemeinde Exter 240 Proz. von sämtlichen vorgenannten Steuerarten einschl. der Betriebssteuer.

Hausberge, 16. April. Aus dem Geschäftsbericht der Sparkasse des Amtes Hausberge entnehmen wir folgende Zahlen: Bestand der Einlagen am Schlusse des Jahres 1914: 1 984 948,77 *M*. Im Jahre 1915 sind eingelegt einschließl. Zinsen: 695 120,30 *M*. Im Jahre 1915 sind zurückgezahlt: 523 447,37 *M*. Einlagenbestand am Jahresschlusse 1915: 2 156 621,70 *M*. Ausgeliehene Kapitalien Ende 1914: 1 918 396,91 *M*. Im Jahre 1915 sind ausgeliehen: 339 807,15 *M*. Im Jahre 1915 sind zurückgezahlt: 72 228,76 *M*. Bestand an ausgeliehenen Kapitalien Ende 1915: 2 185 975,30 *M*. Höhe des Reservefonds 89 000,49 *M*. Reingewinn 1915: 14 482,37 *M*.

Minden, 16. April. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hier hat die Kassenbeiträge von 3 auf 3½ % des Grundlohnes erhöht.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Diepholz, 16. April. Der Versand Diepholzer Gänse nach den Großstädten war, wie die „Dieph. Kreisztg." berichtet, während der letzten Wochen bedeutend; die Nachfrage überstieg das Angebot erheblich. Ihren Ruf hat die Diepholzer Gans, die im Frühjahr auf den Tischen der reichen Feinschmecker und großen Gasthöfe erscheint, durch den Umstand erhalten, daß sie infolge langjähriger Züchtigung ein Frühjahrbrüter ist, gibt es doch schon vor Weihnachten Gänseküken. Die Kükenaufzucht wird im hiesigen Kreise noch lebhafter betrieben und bietet den sog. kleinen Leuten einen gut lohnenden Verdienst. Sie ist seit vielen Jahren hier bodenständig; dagegen hat die in der Winsener Gegend betriebene Mastkükenzucht (Hühner), die man auch hier einzuführen beabsichtigte, sich nicht einführen können. Während nun in früheren Jahren 6—8 Wochen alte flügge Gänseküken mit 4—5 *M* bezahlt wurden, kosteten sie kürzlich bis 11 *M*. Jetzt ist der Preis auf 7 bis 8 *M* heruntergegangen. Solcher hohen Preise wissen die ältesten Gänsezüchter sich nicht zu erinnern. Ein Stamm alter bester Diepholzer Gänse wurde auch an Hagenbecks Tiergarten in Stellingen bei Hamburg gesandt.

Berlin, 16. April. Eine Bekanntmachung des Magistrats ordnet an, daß ab 17. April Zucker im Kleinverkauf nur bei Vorlegung der Großberliner Brotkarte der laufenden Woche abgegeben werden darf, und zwar auf jede nur ein halbes Pfund. Das Mittelstück der Brotkarte ist vom Verkäufer zu entwerten.

*

2354 Mark für Ueberstunden bewilligt.

Berlin, 15. April. Der höchste Betrag, den wohl je das Berliner Kaufmannsgericht für Ueberstunden bewilligte, wurde vorgestern einem vor der 1. Kammer Klage erhebenden Angestellten zugesprochen. Der Kläger Franz T., war zehn Jahre lang in einer Geldschrankfabrik tätig gewesen und bezog als Lohnbuchhalter nach Ausbruch des Krieges ein Gehalt von 210 *M*. Wie T. in der Verhandlung ausführte, habe die beklagte Firma, trotzdem der Betrieb durch umfangreiche Heereslieferungen erweitert wurde, statt der 25 kaufmännischen Angestellten, die vor dem Kriege tätig waren, nur noch 7 Angestellte beschäftigt. Infolge dieser Personalbeschränkung habe er, obgleich er um 8 Uhr früh, zuweilen auch um 7 und ½8 Uhr, mit der Tätigkeit begann, fast regelmäßig bis in die späten Abendstunden nacharbeiten müssen. Nicht nur die Lohnauszahlung, sondern auch die ganze Arbeitskontrolle ruhte auf ihm, dazu habe er die Firma noch in den Prozessen vor dem Gewerbegericht und vor dem Arbeiterschiedsgericht vertreten müssen. Die ganze Arbeitslast ruhte auf seinen Schultern, denn der Generalbevollmächtigte des Unternehmens habe sich um das Geschäft sehr wenig gekümmert. Meist habe er seine Mittagszeit geopfert, und spät abends seien ihm oft infolge der übermenschlichen Anstrengungen vor Müdigkeit die Augen zugefallen. Da dem Kläger die verlangten Ueberstundengelder von je 1,50 *M* für insgesamt 1569 Stunden nicht freiwillig gezahlt wurden, strengte er die Klage an, worauf er die Kündigung von seiten der Beklagten erhielt.

Der als Vertreter der Firma erschienene Generalbevollmächtigte stellte sich gegenüber dem Verlangen des Klägers auf einen streng ablehnenden Standpunkt und bezeichnete das Klagebegehren als eine „krankhafte Ausgeburt". Ueberstundengelder zahle er an kaufmännische Angestellte prinzipiell nicht, denn in der jetzigen Zeit gebiete es die Pflichttreue, daß jeder Beamte sich zu Höchstleistungen aufraffe. Die Ueberstundenleistung an sich bestritt Direktor S. nicht, es sei aber dem Kläger eine Zulage von 20 *M* und einmal auch eine Gratifikation von 400 *M* gewährt worden. Auf seine Beschwerden wegen der Arbeitsbelastung sei ihm auch eine Hilfskraft zu seiner Erleichterung beigegeben worden. Im übrigen mußte Direktor S. auch zugeben, daß er sich ganz auf T. verließ, da er selber im Jahre nur zwei- bis dreimal in die Fabrik kam. Nachdem Zeugen die umfangreiche Ueberstundenarbeit des Klägers bestätigt hatten, erfolgte antragsgemäß Verurteilung der Firma zur Zahlung von 2354 *M*. Die Frage, ob die Bezahlung für Ueberstunden zugesagt worden sei, schalte aus, da nach Auffassung des Gerichts Ueberstunden an sich bezahlt werden müssen.

*

200000 Lire geraubt.

T.U. **Lugano,** 17. April. Ein raffinierter Raub wurde gestern abend im Geldbüro der Station Mailand der Zentraleisenbahn verübt. Der 19 Jahre alte Kassenbeamte Cesare Inglesi schläferte durch ein Narkotikum seinen Kollegen Pistoni im Büro ein, beraubte die Eisenbahnkasse um 200 000 Lire und verschwand dann. Die Nachforschungen nach dem Räuber blieben bis jetzt erfolglos. Ein Komplott erscheint nicht ausgeschlossen.

Lustiges Allerlei.

Anläßlich der Flucht der serbischen Königsfamilie war in einem Lokalblatt folgende alarmierende Ueberschrift zu lesen: „Der serbische Staatsschatz von einem Kreuzer nach Marseille gebracht." — Mit dem Kreuzer ist doch wohl ein Geldstück gemeint?

(„Simplicissimus".)

*

Neulich kommt einer meiner Leute und sagt zu mir: „Habens denn der Herr Oberleitnant schon gelesen, daß die Italiener wieder ein Schiff verloren haben?" — „Nein," sage ich, „ich habe doch auch eben die Zeitung gelesen. Zeig doch mal her." — Als ich darauf die von dem Soldaten bezeichnete Stelle ansehe, lese ich: „Die italienische Valuta gesunken."

(„Jugend".)

*

A.: „Ist Deutschland als Gläubiger zuverlässig?" — B.: „Kommt darauf an. Man kann z. B. nicht behaupten, es sei der Entente an Verleumdungen und Beschimpfungen nichts schuldig geblieben. Ja, es war ihm sogar ganz unmöglich, in gleicher Münze heimzuzahlen."

(„Kladderadatsch".)

*

Professor (der im Parke hinter einer Hecke zuhörte, wie einer seiner Schüler die Liebeserklärung stockend seiner Flamme vorbringt): „Ja, ja, das ist halt wieder der Müllersberger — und vorbereitet scheint er auch nicht zu sein."

(„Fliegende Blätter".)

*

Müller: Wat läßte denn deene Dochter werden? Schultze: Meene Lowise weiht ihr Leben der Kunst. Müller: So? Ick hätte ihr nich zugetraut, det sie Begabung for eene Kunst hat. Schultze: Wat? Dreimal hat sie schon Butter uff die Buttermarke nach Hause jebracht. Meenste, det is keene Kunst?

(„Kladderadatsch".)

*

„Zivil-Beruf . . .?" — „Artist — — Damendarsteller . . ." — „Hm, — — na, vielleicht können wir Sie später mal als Friedensengel verwenden."

(„Jugend".)

*

Herr Sonnleithner betritt zur „Jausen"zeit sein Stammkaffee in der Leopoldstadt. Der Kellner eilt diensteifrig herbei, bedeutet ihm aber, daß es heute infolge Milchknappheit nur schwarzen Mokka gebe. „Alsdann," sagt der Gast, „ich hab gemeint, das ist ein Kaffeehaus, und derweil ist es eine Entjausungsanstalt!"

(„Lustige Blätter".)

*

Oberkellner: „Einen Moment, bitte!" — Gast: „Immer diese Fremdwörter; sagen Sie einfach: eine Viertelstunde."

(„Fliegende Blätter".)

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

VII. Armeekorps.
Stellvertr. Generalkommando.
Abt. I b Nr. 8316.

Münster, den 1. April 1916.

Bekanntmachung.

Da sich ergeben hat, daß im Korpsbereich die für die Anfertigung von Mannschaftsbekleidungsstücken von der Heeresverwaltung festgesetzten Entlohnungen den Arbeitern vielfach unter Umgehung der Tarife vorenthalten werden, bestimme ich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 hiermit für den Bereich des VII. Armeekorps:

1. Für alle von Bekleidungsämtern vom 1. April 1916 ab in Auftrag gegebenen und in Privatbetrieben des Korpsbereichs erfolgenden Anfertigungen von Mannschaftsbekleidungsstücken (Schneider- und Mützenmacher-Anfertigungen, Halsbinden, Helmbezügen, Armbinden, Salzbeutel usw.) dürfen keine Vereinbarungen getroffen werden, welche von den Lohnabreden in den vom Kriegsbekleidungsamt des VII. Armeekorps in Münster i. W. am 1. April 1916 herausgegebenen allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen abweichen.
2. Die vor dem 1. April 1916 abgeschlossenen Verträge gelten als zu den unter 1. erwähnten Preisen abgeschlossen, bezüglich der Arbeiten, die nicht bis zum 31. März 1916 abgenommen worden sind.
3. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Der stellv. kommandierende General:
gez. Frhr. von Gayl,
General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Der schienengleiche Uebergang im Zuge des Feldwegs von der Provinzialstraße Herford—Bielefeld nach den Grundstücken Meyer zu Hartum, Geschw. Lechtermann, Rauschenbusch usw. in der Gemeinde Diebrock (Km. 98,4 der Strecke Herford—Bielefeld) wird vom 17. April 1916 an gesperrt. Der Verkehr wird von diesem Tage an auf den Gemeindeweg nach Hollinde sog. Düsterer Weg verwiesen; von Km. 98,4 bis zu diesem Wege ist nördlich der Bahn ein neuer Längsweg hergestellt.

Herford, 14. April 1916.

Die Wegepolizeibehörde.
v. der Schulenburg, Ehrenamtmann.

Zwangsversteigerung.

Am **Mittwoch, den 19. d. M.,** 10 Uhr vormittags beginnend, sollen in der Wirtschaft von Herrn **Möhle, Bäckerstraße:**

1 Partie Herrenwesten, Hosen, Knabenanzüge, Arbeitsjacken, Kindersweater, Hosenträger, Oberhemden, Manschetten, Joppen, Sportmäntel, 1 Lodenmantel usw.

öffentlich gegen Meistgebot und Barzahlung verkauft werden.

Mockler, Gerichtsvollzieher.

Wiederbeginn der öffentlichen unentgeltlichen Schutzpockenimpfungen.

Da neue Pockenerkrankungen in der Stadt Herford auftreten, werden alle Personen, die sich bisher der Schutzimpfung nicht unterzogen haben, dringend aufgefordert, sich schleunigst impfen zu lassen. Um der Gefahr der Ausbreitung der Pocken wirksam zu begegnen, sind die Schutzimpfungen unerläßlich.

Die unentgeltlichen Schutzimpfungen finden wieder an allen Wochentagen von 3½—4½ Uhr nachmittags im Evangel. Vereinshause (Eingang nur von der Löhrstraße) statt.

Herford, 15. April 1916.

Die Polizei-Verwaltung.

Vorbereitungsanstalt für d. Einjährigen-, Prima- und Abiturienten-Examen zu Bückeburg.
Kleine Klassen. Unter Staatsaufsicht. Familieninternat.
Prospekt und Jahresbericht durch den Direktor der Anstalt.

Neu eingetroffen:
Damentaschen
in neuesten Formen und grosser Auswahl.
Ferner:
Geldtaschen
für Scheine und Hartgeld.
Cigarrentaschen
Reisetaschen
Brieftaschen
Sämtliche Artikel zu mässigen Preisen.
Wwe. Weinberg
Bäckerstr. 26 Fernspr. 635.

Am **Oster-Sonnabend, den 22. April 1916,** bleiben unsere Kassen und Büros geschlossen.
Herforder Bank
Zweiganstalt der Osnabrücker Bank.
Herforder Disconto-Bank.
Westfälisch-Lippische Vereinsbank A.-G. Herford.

In meiner Buch- und Kunsthandlung kann ein
Lehrling
mit guter Schulbildung eingestellt werden.
Otto Fischer,
Bielefeld, Obernstraße 47.


Elektr. Installationsmaterial
für Stark- und Schwachstrom
Isolierrohr, Drähte, Schalter, Fassungen, Schalttafel, Sicherungen, Beleuchtungskörper, Osram-, Wotan- und Sirius-Glühlampen, Elemente, Läutewerke, Telefone
liefert preiswert
A. H. Mönkemöller, Herford, Steinstr. 24.
Grosshandlung elektrischer Bedarfs-Artikel.

Nicht versetzte Schüler
höherer Lehranstalten
werden bei grundsätzlicher Berücksichtigung ihrer Eigenart schnell und sicher gefördert durch den Besuch des
Pädagogiums zu Barsinghausen b. Hannover.
Streng geregeltes Pensionat. Stete Aufsicht. Vorbereitung für alle Examina, besonders für die Offiziers- und Einj.-Freiwilligen-Prüfung.
Alles Nähere durch Prospekt u. den Direktor K. Thur.

Bekanntmachung.
In der Osterwoche bleibt der Schlachthof am Donnerstag **geschlossen,** ist dafür aber am Mittwoch **geöffnet.**
Herford, den 13. April 1916.
Der Magistrat.

Städtischer
Fischmarkt.
In der Markthalle kommen zum Verkauf
Mittwoch Nachmittag und Donnerstag Vormittag und Nachmittag
Schellfische
Preis ca. 70 Pfg. das Pfund.
Knurrhahn
Preis ca. 70 Pfg. das Pfund.
Grüne Heringe
Preis ca. 50 Pfg. das Pfund.
Seemuscheln
10 Pfd. das Pfd.
Der Magistrat.

Zu
Charfreitag
empfehle in lebend frischer Ware und guter Eispackung
Schellfisch, Cabliau, Schollen, Rotzungen, Steinbutt, Barsche,
lebende
Forellen.
Bestellungen erbitte bis Dienstag abend.
Carl Massmann, Hoflieferant.

Bei
Englischer Krankheit
und sonst in der Entwicklung zurückgebliebenen Kindern ist
Telacin
(statt Lebertran und deren Emulsion) das beste physiologisch, biochemische Knochenbildungs- u. Blutnährungsmittel.
Zu haben in den Apotheken und Drogenhandlungen.

Blitzgefahr.
Blitzableiter an Gebäuden jeder Art prüft mit techn. besten Apparaten
Willy Opitz,
Fernspr. 79.

Säcke.
Kaufe jeden Posten Säcke, auch zerrissene, zu den höchsten Tagespreisen; nehme auch Säcke z. Flicken an. Kaufe auch Zementsäcke.
H. Tönsjost,
Jahnp-Löhrstr.-Ecke und Goltzstr. 2.
Fernsprecher 415.

Saatkartoffeln
reichlich vorhanden und billig zu haben
P. Franke,
Wellbrockerweg 17.
Fernsprecher 471.

Laden mit Wohnung
im äußeren Stadtbezirk zum 1. Oktober auf einige Jahre zu mieten gesucht.
Schriftliche Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 1347.

Mehrere Tischler
gesucht.
H. Monke, Möbelfab.